



### Presseschau vom 25.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Paul Linke: „Zunehmende Kriegsgeilheit“ - Lafontaine kritisiert neues Grundsatzprogramm der Grünen**

Die Grünen – eine „einstige Friedenspartei“ – schließen in ihrem neuen Grundsatzprogramm Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates nicht mehr aus. Drohen damit weitere völkerrechtswidrige Kriege unter Beteiligung Deutschlands? Das befürchtet der Linken-Politiker Oskar Lafontaine. ...

<https://sptnkne.ws/EzVM>

#### **de.sputniknews.com: Von Mikrowelten bis Weltall: Russische Forscher stehen vor Durchbruch in Teilchenphysik**

Forscher der Nationalen Nuklearforschungsuniversität MEPhI entwickeln einen einzigartigen Detektor für den Teilchenbeschleuniger Large Hadron Collider (LHC).

<https://sptnkne.ws/E2rM>

#### **Nikolai Protopopow: Flugkörper mit „Abwehrgarantie“ – Wirken die US-Raketen wirklich?**

Die Ostküste der USA vor ballistischen Interkontinentalraketen mit möglichst geringem Aufwand schützen – dazu will die US-Armee bestimmte Projektile verwenden: die Standard Missile-3 Block IIA. Das Pentagon hat einen Testerfolg vermeldet: Der Flugkörper treffe

garantiert jede ballistische Rakete. ...

<https://sptnkne.ws/E23q>

### **Ilona Pfeffer: Russland kostengünstig in die Knie zwingen – Strategien der US-Denkfabrik „Rand Corporation“**

Wirtschaftssanktionen, Destabilisierung im Inneren oder doch lieber die militärische Konfrontation? In einer Analyse der Denkfabrik „Rand Corporation“ werden Wege erörtert, wie die USA Russland möglichst viel Schaden zufügen könnten. Die Studie aus dem Jahr 2019 könnte unter Biden neue Aktualität bekommen.

<https://sptnkne.ws/E25c>

### **abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **Moskau ruft Berlin zu Verzicht auf aggressive Rhetorik auf**

Deutschlands Konfrontationskurs gegenüber Russland, vor allem die unbegründeten Anschuldigungen und Sanktionen, schädigt laut dem Vize-Außenminister Russlands, Wladimir Titow, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ernsthaft.

Die beiden Diplomaten haben am Dienstag den Zustand sowie die Aussichten der russisch-deutschen Beziehungen vor dem Hintergrund ihrer jüngsten Verschlechterung analysiert.

Moskau rufe Berlin auf, die aggressive Rhetorik aufzugeben und zum Dialog zurückzukehren, sagte Titow bei einem Treffen mit dem deutschen Botschafter in Russland, Géza Andreas von Geyr.

Der Konfrontationskurs Berlins gegenüber Russland, der sich in der Verbreitung unbegründeter Anschuldigungen, der Ablehnung vieler Bereiche der Zusammenarbeit und der Verhängung von Sanktionen zeige, schade den über Jahrzehnte angesammelten Vertrauensbeziehungen und der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.

„Die deutsche Seite wurde aufgerufen, die aggressive Rhetorik, Methoden zu Eindämmung und Druck aufzugeben und auf die Ebene des gegenseitig respektierenden Dialogs zurückzukehren, um eine positive Agenda in den bilateralen Beziehungen und der außenpolitischen Interaktion zu fördern“, heißt es in einer offiziellen Erklärung des russischen Außenministeriums.

Die Diplomaten hätten auch die Situation in Bergkarabach, die Aussichten für eine Regelung in Syrien sowie die Situationen in Libyen und Weißrussland besprochen.

„Bei der Erörterung der Situation in Weißrussland betonte die russische Seite erneut, dass externe Eingriffe in die internen politischen Prozesse des Landes, um die Situation zu destabilisieren, unzulässig sind“, stellte das russische Außenministerium fest.

In der vergangenen Woche hatte auch der russische Außenminister, Sergej Lawrow, erklärt, Russland sei daran interessiert, einen gegenseitigen respektvollen Dialog mit Deutschland wiederherzustellen. Die Zeit der Spannungen in den Beziehungen kann und muss ihm zufolge überwunden werden.



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/09/09/327907163\\_0:0:2560:1384\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_ff769cd16e73d290f63786df4fbaf362.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/09/09/327907163_0:0:2560:1384_1000x0_80_0_1_ff769cd16e73d290f63786df4fbaf362.jpg)

de.sputniknews.com: **Biden: Amerika wird die Welt wieder anführen**

Der Demokrat Joe Biden, der nach Angaben von US-Medien die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, hat seine Kandidatinnen und Kandidaten für Schlüsselposten in seiner künftigen Regierung vorgestellt.

„Es ist ein Team, das die Tatsache widerspiegelt, dass Amerika zurück ist, bereit, die Welt anzuführen, statt sich aus ihr zurückzuziehen“, sagte Biden am Dienstag in Wilmington in klarer Anspielung auf den Kurs der USA unter der Regierung des Republikaners Donald Trump.

Mit seiner künftigen Regierungsmannschaft sei Amerika „bereit, unseren Gegnern entgegenzutreten, statt unsere Verbündeten zurückzuweisen, bereit, für unsere Werte einzutreten“.

Die gewählte Vizepräsidentin Kamala Harris sagte: „Wir werden Amerikas Bündnisse wieder zusammenfügen und erneuern, die Institutionen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik, die uns schützen, wieder aufbauen und stärken.“

Der 78-jährige Demokrat Biden forderte den US-Senat auf, den erforderlichen Bestätigungsprozess seiner Kandidaten einzuleiten und sie alsbald anzuhören. Er äußerte zudem die Hoffnung auf eine parteiübergreifende Zusammenarbeit, um das Land voranzubringen und zu einen. ...



[https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0b/18/328436104\\_0:11:3072:1673\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_266af90cb3599328559b6e70479aa348.jpg](https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/0b/18/328436104_0:11:3072:1673_1000x0_80_0_1_266af90cb3599328559b6e70479aa348.jpg)

**vormittags:**

de.sputniknews.com: **Putin und Erdogan telefonieren: Bergkarabach auf der Agenda**

Russlands Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan haben in einem Telefongespräch den Lauf der Umsetzung der Vereinbarungen ausführlich und in allen Aspekten behandelt, die in der Bergkarabach-Erklärung Russlands, Aserbaidschans und Armeniens vom 9. November dokumentiert sind.

Das jüngste Gespräch fand laut den Angaben des Kremls auf Initiative der türkischen Seite statt.

„Priorität wurde auch auf die Lösung dringender humanitärer Fragen, die mit der Rückkehr von Flüchtlingen, dem Wiederaufbau der Infrastruktur und der Erhaltung religiöser und kultureller Objekte verbunden sind, gelegt“, heißt es im Schreiben.

Russlands Präsident informierte seinen türkischen Amtskollegen über die Tätigkeit der russischen Friedensstifter, die die Erhaltung der Waffenruhe und Sicherheit der Zivilbevölkerung effektiv gewährleisten.

Die beiden Seiten verwiesen demnach auf die Notwendigkeit einer konsequenten und vollständigen Erfüllung der Entscheidungen, die auf die Gewährleistung der Stabilität und den Aufbau des friedlichen Lebens in der Region abzielen. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32614/45/326144559\\_0:189:2757:1680\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_a8f12e2c50b90253c911bebc4e02c518.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32614/45/326144559_0:189:2757:1680_1000x0_80_0_1_a8f12e2c50b90253c911bebc4e02c518.jpg)

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 24. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

de.sputniknews.com: **Bundeswehr zieht aus afghanischem Kundus ab**

Kundus gilt als Schicksalsort der Bundeswehr. In der nordafghanischen Provinz wurden erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Soldaten wieder in stundenlange Gefechte verwickelt. Jetzt verlässt die Bundeswehr Kundus - zum zweiten Mal.

Die Bundeswehr zieht in den nächsten Wochen aus dem afghanischen Kundus ab. Die etwa 100 dort fest stationierten Soldaten sollen in das nördliche Hauptquartier der Nato-Ausbildungsmission „Resolute Support“ in Masar-i-Scharif verlegt werden, wie das

Einsatzführungskommando in Geltow bei Potsdam am Dienstagabend der Deutschen Presse-Agentur bestätigte. Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung darüber berichtet.

Der besonders gesicherte Bundeswehr-Stützpunkt im „Camp Pamir“ der afghanischen Armee soll aber bestehen bleiben. Je nach Bedarf sollen künftig Beraterteams dorthin geflogen werden, um dem Ausbildungsauftrag weiter nachzukommen. Eine ständige Bundeswehrpräsenz in Kundus wird es aber nicht mehr geben.

Insgesamt sind 1250 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan stationiert, der größte Teil davon in Masar-i-Scharif. Der dritte Standort ist die Hauptstadt Kabul.

Die Abzugs-Entscheidung für Kundus wurde nach dpa-Informationen bereits im Spätsommer von der militärischen Führung des Nato-Einsatzes in Kabul getroffen. Mit der von US-Präsident Donald Trump vergangene Woche beschlossenen Beschleunigung des Abzugs der US-Truppen aus Afghanistan hat sie also nichts zu tun. Bis zum 15. Januar soll die US-Truppenstärke von etwa 4500 auf 2500 Soldaten reduziert werden. Nur fünf Tage später, am 20. Januar, soll Trump vom Wahlsieger Joe Biden im Weißen Haus abgelöst werden.

Die USA hatten mit den militant-islamistischen Taliban Ende Februar ein Abkommen unterzeichnet, das den schrittweisen Rückzug aller US- und Nato-Streitkräfte bis Ende April 2021 in Aussicht stellt. Die Taliban verpflichteten sich zu Friedensgesprächen mit der Regierung in Kabul, die im September aufgenommen wurden. Der Prozess geriet im Streit um Verfahrensfragen jedoch ins Stocken.

Nun ist völlig unklar, ob die Bedingungen für den Abzug bis Ende April erfüllt sind. Erst im Februar soll bei einem Nato-Verteidigungsministertreffen entschieden werden, wie es in Afghanistan weitergeht. Die Bundeswehr hat deswegen mehrere Abzugs-Szenarien entworfen und bereits jetzt 100 Logistiker für die Planung und Abwicklung vor Ort.

Kundus ist für die Truppe ein Schicksalsort. Hier lieferten sich deutsche Soldaten vor zehn Jahren erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder stundenlange Gefechte. Nirgendwo in Afghanistan fielen mehr Deutsche als in Kundus und der Nachbarprovinz Baghlan. Insgesamt kamen in dem seit 19 Jahren andauernden Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr 59 Soldaten ums Leben - die meisten bei Anschlägen oder in Gefechten.

Als die Bundeswehr 2013 zum ersten Mal aus Kundus abzog, sagte der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière:

„Kundus, das ist für uns der Ort, an dem die Bundeswehr zum ersten Mal gekämpft hat, lernen musste zu kämpfen. Das war eine Zäsur - nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für die deutsche Gesellschaft.“

Das deutsche Feldlager, in dem damals noch 900 Soldaten stationiert waren, wurde dichtgemacht. Erst im März 2018 kehrten 100 deutsche Soldaten zur Beratung der afghanischen Armee nach Kundus zurück, ins „Camp Pamir“. Nach knapp drei Jahren wird nun bald wieder Schluss sein.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32600/40/326004018\\_0:55:1000:596\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_4ecb792940da0602d0c76c9c90e31e4f.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32600/40/326004018_0:55:1000:596_1000x0_80_0_1_4ecb792940da0602d0c76c9c90e31e4f.jpg)

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. November 3:00 Uhr bis 25. November 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Antipanzergranatwerfer – einmal (4 Granaten); Schusswaffen – einmal.  
Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer - einmal (3 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Leninskoje.**

Um 11:40 Uhr wurde im Gebiet von Leninskoje die Durchführung technischer Arbeiten der BFU festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 7.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

**de.sputniknews.com: Israelische Armee greift Vorort von Damaskus an**

Israel hat einen Luftangriff von den Golanhöhen aus in Richtung Süden der syrischen Provinz Damaskus ausgeführt. Dies geht aus einer Mitteilung der syrischen Armee hervor.

Der Luftschlag wurde demnach um 23.50 Uhr Ortszeit (22:50 MEZ) am Dienstag versetzt.

Nach Informationen der syrischen Zeitung „Al-Watan“ war das Ziel des Schlages eine Höhe, die südlich der Provinz al-Quneitra liegt.

Nach Angaben des syrischen Militärs verursachte der Luftangriff materielle Schäden. Die syrische Flugabwehr habe einige Schläge abgewehrt.

Syrien und Israel, die sich seit ihrer Gründung im Krieg gegeneinander befinden, unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Die beiden Staaten beanspruchen die Golanhöhen, deren Status zum Grund eines langjährigen Territorialkonflikts wurde.

Das israelische Militär hatte mehrmals Einrichtungen in Syrien angegriffen. Damit wolle man verhindern, dass moderne Waffen in die Hände der Feinde geraten, argumentierte die israelische Armee. Darunter wird vor allem die libanesische militante schiitische Bewegung Hisbollah gemeint, die in der Region auf der Seite von Baschar Al-Assad kämpft und von Teheran kontrolliert wird.

In der vergangenen Woche hatten die Israelischen Verteidigungstreitkräfte einen Schlag gegen das syrische Militär und die Al-Quds-Spezialeinheiten der iranischen Revolutionsgarden im Gebiet von Damaskus gemeldet.

**Lug-info.com: In der LVR sind am 25. November um 9:00 Uhr 1755 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.**

Davon wurden bis 1512 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 136 Todesfälle.

**de.sputniknews.com: US-Militärs weisen Erklärung über „Vertreibung“ ihres Zerstörers aus Peter-der-Große-Bucht zurück**

Laut dem russischen Verteidigungsministerium hat am Dienstag der russische U-Boot-Jäger „Admiral Winogradow“ der Pazifikflotte die Verletzung der staatlichen Grenze Russlands durch einen amerikanischen Zerstörer gestoppt. Die amerikanischen Militärs haben allerdings ihre eigene Version zur Situation um ihren Zerstörer „John McCain“.

Die früheren Erklärungen des russischen Verteidigungsministeriums kommentierte die 7. Flotte der US-Navy in einer Pressemitteilung wie folgt: „Die USS John S. McCain (DDG 56) machte die Navigationsrechte und -freiheiten nahe der Peter-der-Große-Bucht im Japanischen Meer geltend. Diese FONOP-Operation (zur Freiheit der Schifffahrt - Anm. d. Red.) hat die Rechte, Freiheiten und legale Seennutzung gemäß den internationalen Gesetzen gewahrt und stellt die russischen übermäßigen maritimen Ansprüche in Frage.“

Die 7. Flotte erläuterte dabei, dass das Gewässer, in das der amerikanische Zerstörer eingedrungen war, „kein russisches territoriales Meer ist, und die USA stimmen der Behauptung Russlands nicht zu, dass die Peter-der-Große-Bucht nach internationalem Recht eine ‚historische Bucht‘ ist“.

Unter anderem heißt es im Schreiben, der amerikanische Zerstörer „John McCain“ sei „nicht von irgendeinem Territorium vertrieben worden“. Das amerikanische Schiff agierte demnach gemäß dem internationalen Recht und führte seine Operationen im internationalen Gewässer weiter durch.

### **Hintergrund**

„Das große Anti-U-Boot-Schiff der Pazifikflotte ‚Admiral Winogradow‘ hat die Verletzung der russischen Staatsgrenze durch den amerikanischen Zerstörer ‚John McCain‘ in der Peter-der-Große-Bucht gestoppt“, teilte am Mittwoch Russlands Verteidigungsministerium mit. Der ins territoriale Gewässer Russlands eingedrungene Zerstörer der US-Marine überschritt die Staatslinie um zwei Kilometer.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328437280\\_0:0:2944:1592\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_fe5cdb503b61395c036ca25b66b83258.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328437280_0:0:2944:1592_1000x0_80_0_1_fe5cdb503b61395c036ca25b66b83258.jpg)

### **de.sputniknews.com: Produktion von Corona-Impfstoff „Sputnik V“ in Deutschland nicht ausgeschlossen – RDIF**

Der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) hat die Registrierung des Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ in Europa beantragt und schließt die Herstellung der Vakzine in Deutschland nicht aus. Dies gab RDIF-Chef Kirill Dmitriew bekannt.

„Wir werden auch weiterhin mit der Europäischen Union zusammenarbeiten. Am 22. Oktober dieses Jahres haben wir die Genehmigung der European Medical Association beantragt, und wir werden den Prozess gemeinsam mit ihnen vorantreiben“, sagte er in einem Interview mit dem Nachrichtensender Rossiya 24.

„Zudem erwarten wir eine große Delegation aus Frankreich, die uns diese Woche besuchen soll. Wir arbeiten mit einer großen Zahl europäischer Länder zusammen. Vielleicht werden wir unseren Impfstoff unter anderem auch in Deutschland herstellen“, fügte er hinzu.

Darüber hinaus werde Ungarn eines der ersten europäischen Länder sein, die aktiv bei der Produktion der russischen Vakzine tätig sein würden, so Dmitriew.

Zuvor hatte das russische Ministerium für Industrie und Handel nach den Gesprächen zwischen dem Minister Denis Manturow und dem ungarischen Außenminister, Péter Szijjártó, bekannt gegeben, dass Russland die Herstellung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ in Ungarn bespreche. Eine Produktionsstätte werde in Ungarn vorbereitet, hieß es.

### „Sputnik V“

Der russische Impfstoff gegen das neuartige Coronavirus, der den Namen „Sputnik V“ erhielt, wurde vom Gamaleja-Forschungsinstitut mit Unterstützung des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) entwickelt.

Derzeit nehmen an den klinischen Tests der Vakzine in Russland 40.000 Freiwillige teil. Klinische Studien werden auch in Weißrussland, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Indien, Venezuela und Brasilien durchgeführt.

Die Wirksamkeit des Impfstoffs „Sputnik V“ belief sich inzwischen nach der zweiten Zwischendatenanalyse am 28. Tag nach Verabreichung der ersten Immunisierung an Freiwilligen auf 91,4 Prozent. 42 Tage nach der ersten Dose des Impfstoffs betrug die Wirksamkeit mehr als 95 Prozent.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327760063\\_0:279:3062:1935\\_1000x080\\_0\\_1\\_9d2996c3d1889015c8da90672e4f447e.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327760063_0:279:3062:1935_1000x080_0_1_9d2996c3d1889015c8da90672e4f447e.jpg)

мздр.рус: Am 24. November wurden in der DVR 562 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 150 positiv, bei 14 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 aufgrund klinischer Symptome gestellt.

Am 25. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 10.168 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4306 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 4921 als gesund entlassen, es gibt 941 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 78 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es 16 Todesfälle – Männer im Alter von 40 bis 67 Jahren und Frauen im Alter von 43 bis 92 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 115 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 36 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 84 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1673 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 485 mit Sauerstoffunterstützung (+28 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Um lokaler Bevölkerung zu helfen: Russische Militärmediziner fliegen nach Bergkarabach**

Russische Militärmediziner sind aus Chabarowsk nach Bergkarabach geflogen, um der lokalen Bevölkerung helfen zu können. Das teilte am Mittwoch Russlands Verteidigungsministerium mit.

„Für die Organisation der medizinischen Versorgung des Friedenskontingents Russlands und um der lokalen Bevölkerung in Bergkarabach medizinische Hilfe leisten zu können werden Kräfte und Mittel einer medizinischen Spezialabteilung des Militärbezirks Ost geschickt“, heißt es in der Mitteilung.

Das sind demnach Ärzte und medizinisches Personal, die in ständiger Bereitschaft sein würden, medizinische Hilfe zu leisten. Die Mediziner werden mit Flugzeugen vom Typ Il-76 zum Ankunftsort gebracht.

„Die ersten zwei Flugzeuge Il-76 (...) sind vom Flughafen Chabarowsk-Nowy gestartet.“ Nach Bergkarabach sollen insgesamt 122 Militärmediziner, 54 Fahrzeuge und Sondertechnikeinheiten sowie 66 Tonnen notwendiger Materialien geliefert werden. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/13/328412645\\_0:85:3072:1747\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_5afc5cfa3f708de643403650ebf64fe7.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/13/328412645_0:85:3072:1747_1000x0_80_0_1_5afc5cfa3f708de643403650ebf64fe7.jpg)

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Erdogan nennt Garanten des Friedens in Bergkarabach**

Die Türkei, Russland und Aserbaidschan sind aus Sicht des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan die Nationen, die den Frieden in Bergkarabach garantieren müssen. Die Kämpfe um die Südkaukasus-Region sind Anfang November durch ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan beendet worden.

„Wir haben einen großen Beitrag zur Beseitigung der Ungerechtigkeit geleistet, die seit 30 Jahren in Karabach herrschte“, sagte Erdogan am Mittwoch im türkischen Parlament. Dabei verwies er auf sein gestriges Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin.

„Wir haben Schritte besprochen, die zur Lösung des Problems in Karabach zu unternehmen sind. Die Türkei, Russland und Aserbaidschan werden Friedensgaranten der Region sein.“ In der vorigen Woche hatte die Türkei das Mandat ihrer Soldaten, die in Aserbaidschan zur Überwachung des Waffenstillstandes stationiert werden sollen, auf ein Jahr begrenzt. In Bergkarabach befinden sich schon rund 2000 russische Friedenssoldaten zur Kontrolle der Waffenruhe.

**Russen und Türken überwachen Waffenruhe**

Erdogan hatte am 11. November bekannt gegeben, dass Ankara und Moskau an einer „gemeinsamen Friedensmission“ teilnehmen würden. Dmitri Peskow, Pressesprecher des

russischen Präsidenten Wladimir Putin, erklärte seinerseits, dass beide Staaten in punkto Bergkarabach in einem Überwachungszentrum in Aserbaidschan zusammenarbeiten würden, und, dass „von keinerlei gemeinsamen Friedenskräften die Rede gewesen“ sei. Armenien und sein Nachbar Aserbaidschan hatten am 10. November, nach fast siebenwöchigen Kämpfen um Bergkarabach, unter Vermittlung Russlands einen Waffenstillstand vereinbart. Die Vereinbarung sieht die Stationierung russischer Friedenstruppen und einen Gefangenen- und Gefallenenaustausch vor. Außerdem sollen beide Seiten ihre aktuellen Stellungen einfrieren.

Bergkarabach ist seit Jahrzehnten zwischen den beiden Ex-Sowjetrepubliken umkämpft. In dem neuen Krieg, der am 27. September ausgebrochen war, holte sich Aserbaidschan weite Teile des Anfang der 1990er Jahre verlorenen Gebietes zurück. Das Land sah sich dabei von seinem „Bruderstaat“ Türkei unterstützt. Armenien sieht Russland als seine Schutzmacht.



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/10/328400878\\_0:0:2920:1580\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_9b8ee1b73e7257df13e25c42a206e5b2.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/10/328400878_0:0:2920:1580_1000x0_80_0_1_9b8ee1b73e7257df13e25c42a206e5b2.jpg)

#### de.sputniknews.com: **Kanada fordert von Weißrussland Freilassung festgesetzter Journalisten**

Der kanadische Außenminister François-Philippe Champagne hat im Namen seines Landes eine unverzügliche Freilassung von Journalisten gefordert, die im Zuge der Proteste in Weißrussland festgesetzt worden sind.

„Die Inhaftierung von Journalisten in Weißrussland durch das Lukaschenko-Regime verstößt gegen die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte“, schrieb Champagne am Dienstag (Ortszeit) auf Twitter.

„Kanada fordert ihre sofortige Freilassung und wird sich auch weiter für die Pressefreiheit einsetzen.“

Dabei nannte der kanadische Außenminister keine Namen von Journalisten.

Nach Angaben von Menschenrechtlern waren in Weißrussland bei den Protesten gegen Langzeit-Staatschef Alexander Lukaschenko mindestens drei Journalistinnen festgenommen worden. ...

#### armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 25. November 2020**

Am gestrigen Tag hat die ukrainische Seite **dreimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen drei Granaten mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung **Leninskoje** abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Granaten mit Antipanzerhandgranatwerfern abgefeuert und mit Schusswaffen auf das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** geschossen sowie in Verletzung des ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen **Arbeiten zur zusätzlichen technischen Ausstattung der Positionen im Gebiet von Leninskoje** durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der fehlenden Ausstattung der 35. Brigade zieht der Brigadekommandeur Palas örtliche Einwohner zu technischen Arbeiten heran. Unsere Beobachter haben technische Arbeiten auf den Positionen der 35. Marineinfanteriebrigade unter Heranziehung von Zivilisten auf Video festgehalten. Außerdem wissen wir aus Informationen von Einwohnern, dass Offiziere der 35. Brigade sie unter Drohung mit Zerstörung ihrer Häuser zwingen, unbezahlt auf den Frontpositionen zu arbeiten. Diese Handlungen der Kämpfer der 35. Brigade sind eine Verletzung von Artikel 4 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und von Artikel 173 des Strafrechtsbuchs der Ukraine.

**In den letzten 24 Stunden** wurde die **Stationierung von acht Stück Waffen und Militärtechnik** der BFU in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen in der Nähe von Häusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium festgestellt:

Aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade: ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Romanowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade: vier Schützenpanzerwagen auf Wirtschaftsgelände am Rand von Bugas und drei Abwehrraketenkomplexe „9K33 Osa“ in Kalinowo.

Wir bemerken weiter **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten des Gegners** in der Zone der Strafoperation.

So wurde nach Angaben unserer Quellen aufgrund des Fehlens einer Zusammenarbeit zwischen den Einheiten der Brigade ein Scharfschützenpaar aus einer Aufklärungskompanie der 72. Brigade für Diversanten gehalten und von Kameraden aus dem 14.

Panzergrenadierbataillons „Tscherkassy“ beschossen, die nicht rechtzeitig vom Leiter der Aufklärung Konowalow über die Aktivität der Scharfschützen informiert worden waren. Infolge des „freundschaftlichen“ Beschusses wurde der Aufklärer und Scharfschütze Minkin verletzt. Später starb er beim Transport in einer medizinischen Einrichtung. Derzeit führt das Kommando der OOS eine Untersuchung zu diesem Vorfall durch.

Um die nicht kampfbedingten Verluste infolge von erfolglosen Provokationen während der Sitzung der Kontaktgruppe zu verheimlichen, versucht das Kommando der Besatzungskräfte die Verantwortung abzuschieben und die Volksmiliz der DVR nicht existenten Beschusses zu beschuldigen. Nach Angaben unserer Quelle hat der Kommandeur der Besatzungskräfte Krawtschenko persönlich einer operativen Gruppe ukrainischen Militärpropagandisten aus dem 74. Zentrum für informationspsychologische Operationen den Auftrag erteilt, kontrollierte Journalisten der Fernsehsender „ICTV“ und „5. Kanal“ zu nutzen, um die Volksmiliz der Beteiligung an dem Vorfall zu beschuldigen.

Außerdem ist, um das Image der derzeitigen militärisch-politischen Führung der Ukraine zu erhöhen und die Folgen der verbrecherischen Handlungen der BFU zu neutralisieren, im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unter dem Vorwand der Leitung von humanitärer Hilfe an die Bevölkerung eine Gruppe des Vereinigten Zentrums für militärisch-zivile Zusammenarbeit des Stabs der OOS eingetroffen.

In den Truppenteilen und Verbänden des Gegners in der OOS-Zone geht die **Zunahme der Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils** weiter. Allein in der 35. Brigade haben in dieser Woche zwei Soldaten die Positionen eigenmächtig verlassen.

Um die Desertionsversuche zu unterbinden, hat der Brigadekommandeur Palas den Befehl erteilt, das Territorium auf potentiellen Roten flüchtiger Soldaten zu verminen, d.h. in

Richtung der Ortschaften. Zu diesem Zweck hat der Leiter des technischen Dienstes der 35. Brigade vom Feldlager im Gebiet von Drushkowska 70 Antipersonenminen PMN-2 erhalten. Es muss angemerkt werden, dass die Methoden, die vom Brigadekommandeur Palas eingesetzt werden, Leben und Gesundheit nicht nur seiner Untergebenen bedrohen, sondern auch der in der Nähe lebenden zivilen Einwohner.

Wir wenden uns an die Einwohner der Ortschaften Dershinsk, Nowgorodskoje und Drushkowska! Seien Sie wachsam! Das Kommando der Besatzungskräfte ist bereit, das Leben friedlicher Einwohner zur Verhinderung der Desertion von Kämpfern von den Frontpositionen zu opfern! Die Verminung von Örtlichkeiten in der Nähe von Ortschaften ist eine direkte Gefahr für Ihr Leben!

### de.sputniknews.com: **Auch Verteidigungsamt betroffen: Trumps Regierung bereitet umfassende Sanktionen gegen Russland vor**

Die USA könnten Sanktionen gegen das russische Verteidigungsministerium sowie mehrere Unternehmen und Institute verhängen. Dies geht aus einem Entwurf der Sanktionsliste hervor, die die Administration des amtierenden Präsidenten Donald Trump vorbereitet hat. Der Entwurf liegt Sputnik vor.

Betroffen werden demnach das Verteidigungsministerium, eine Reihe von Unternehmen im Verteidigungs- und Zivilbereich, ein mit der Administration von Russlands Präsidenten Wladimir Putin verbundenes Staatsunternehmen und das forensische Zentrum der Hauptverwaltung für innere Angelegenheiten der Region Nischni Nowgorod sein. Die neuen Maßnahmen sollen sich auf Beschränkungen beziehen, die laut dem Entwurf gegen 89 chinesische Unternehmen, die mit dem Militär zusammenarbeiten, gegen russische wissenschaftliche Zentren und 28 russische Unternehmen der Luft- und Raumfahrt- sowie der Nuklearindustrie und des Geräte- und Triebwerksbaus eingeführt werden sollen. Auf die Sanktionsliste könnten unter anderem Institute des staatlichen Unternehmens Rosatom, zwei Roskosmos-Unternehmen sowie Hersteller von Hubschraubern und Flugzeugtriebwerken, Entwickler und Lieferanten von Luftfahrtmaterialien und Flugverkehrsmanagementsystemen aufgenommen werden.

Laut einer mit der Situation vertrauten Quelle würden amerikanische Unternehmen, wenn die Sanktionen genehmigt werden, eine spezielle Lizenz benötigen, um die Kontakte zu russischen Unternehmen fortzusetzen.

Am Dienstag hatte Washington auf der Grundlage des US-Gesetzes über die Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen drei russische Unternehmen – die Konzerne Aviazapchast, Elecon und Nilco Group – auf seine Sanktionsliste gesetzt. Die drei Firmen sollen die laut dem Gesetz gegen den Iran, Nordkorea und Syrien gültigen Nichtweitergabe-Beschränkungen nicht eingehalten haben.

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**  
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte stationiert weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Am 24. November haben Soldaten der 92. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedosenko einen Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Popasnaja und einen Schützenpanzerwagen am Rand von Wyskriwa stationiert.

Außerdem **verminen Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte** in Verletzung der Normen des humanitären Rechts **weiter das Territorium** und schaffen eine Gefahr für den Verkehr friedlicher Einwohner und von Patrouillen der OSZE-Mission

So haben Soldaten der 92. Brigade zehn Antipanzermine entlang einer allgemeinen Straßen in der Nähe von Orechowo stationiert und Kämpfer der 80. Brigade haben sieben

Antipersonenminen PMN-2 auf einem Feld am Rand von Gejewka installiert....

de.sputniknews.com: **Regierung in Kiew geht auf Abgrund zu: Saakischwili befürchtet Wirtschaftskatastrophe in der Ukraine**

Der georgische Ex-Präsident und derzeitige Vorsitzende des ukrainischen Exekutivkomitees für Reformen, Michail Saakaschwili, sieht auf die Ukraine düstere Zeiten zukommen.

Demnach erwartet das Land schon im nächsten Jahr eine Wirtschaftskrise.

„Die ukrainische Wirtschaft bewegt sich momentan auf eine große Katastrophe zu. In der Ukraine braut sich eine äußerst starke Haushaltskrise zusammen, das Land wird schon ab dem nächsten Jahr Schwierigkeiten bei der Auszahlung von Löhnen und Renten haben“, warnte Saakaschwili.

Er betonte, dass die Unterzeichnung eines Vertrages mit dem Internationalen Währungsfonds die Krise lediglich um einige Monate hinauszögern werde.

„Aber es wird große Probleme mit der Auszahlung von grundlegenden sozialen Leistungen und Gehältern geben. So etwas hat es in der Ukraine seit den 1990er Jahren nicht mehr gegeben“, so der Politiker weiter. Nach seiner Ansicht muss die Regierung in Kiew „entweder etwas unternehmen oder das Land schaut in die Röhre“.

Ferner erklärte Saakaschwili, die Situation entwickle sich unter Umständen, in denen die ukrainische Regierung quasi „in einer Parallelwelt existiert“, so gut wie nicht funktioniere und mit geschlossenen Augen auf einen Abgrund zugehe.

Zuvor erklärte der stellvertretende Wirtschaftsminister der Ukraine Pawel Kuchta, dass sich der Staatshaushalt erstmals seit zehn Jahren in einer katastrophalen Situation befinde.

Demzufolge fehlen dem Staat die Mittel, um Leistungen in Höhe von zehn Milliarden Griwna (rund 29,6 Millionen Euro) zu decken.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328439863\\_0:42:3021:1676\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f126cb006a51bdc2a5f0e9712219a16a.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328439863_0:42:3021:1676_1000x0_80_0_1_f126cb006a51bdc2a5f0e9712219a16a.jpg)

de.sputniknews.com: **EU-Arzneimittelagentur startet Gespräche mit Hersteller des russischen Corona-Impfstoffes**

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) führt nach einer entsprechenden Anfrage des Herstellers erste Gespräche über den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“. Das teilte ein Sprecher der EU-Kommission gegenüber Sputnik mit.

Dabei betonte er, dass niemand derweil einen Antrag auf Genehmigung zum Verkauf des Impfstoffs auf dem europäischen Markt gestellt habe.

„Bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur sind keine Anträge auf die Genehmigung zum Verkauf dieses Impfstoffes gegen COVID-19 (auf dem EU-Markt – Anm. d. Red.)

eingegangen. Der Entwickler hat sich aber mit der Agentur EMA in Verbindung gesetzt. Und jetzt befinden sie sich in der Diskussionsphase“, sagte der Sprecher.

Ferner fügte der Sprecher hinzu, dass die EU-Kommission derweil auch keine Daten über den russischen Impfstoff habe.

„Die Kommission verfügt über keinerlei Daten bezüglich des russischen Impfstoffs“, präzisierte er.

Die Europäische Arzneimittel-Agentur wird dem Sprecher zufolge ihre Empfehlungen zu Präparaten zur Verfügung stellen. Sie würden „auf der Website der Organisation veröffentlicht“. ...

**Dan-news.info: Elf medizinische Einrichtungen der DVR beenden die Behandlung von Coronavirus-Kranken im Zusammenhang mit dem Absinken der Zahl eintreffender Patienten COVID-19-Kranken und an Lungenentzündung Erkrankten, teilte das Gesundheitsministerium der DVR mit. Dies betrifft elf Krankenhausbasen: drei in Donezk, zwei in Makejewka, je eine in Jenakiewo, Sneshnoje, Schachtjorsk, Tores, den Bezirken Starobeschewo und Amwrosiewka.**

**Bei Bedarf können solche Basen aber schnell wieder eingerichtet werden. Jetzt werden diese Krankenhäuser und Abteilung nach der Entlassung des letzten Patienten zum normalen Betrieb übergehen.**

**de.sputniknews.com: Lawrow ruft Washington zu Verzicht auf „Abenteuer“ im Nahen Osten auf**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hält es für wichtig, dass die US-Führung künftig „Abenteuern“ im Nahen Osten, die eine Gefahr für die gesamte Region darstellen, fernbleibt.

„Die Einmischung der USA und ihrer Verbündeten im Irak, in Syrien und in Libyen hat das Leben in keinem dieser Länder besser gemacht. Sie hat nur Probleme geschaffen, die die Bürger dieser Länder, die entsprechenden Politiker und die Regierungen jetzt bewältigen müssen“, sagte der Chefdiplomat auf einer Pressekonferenz, die am Rande der Verhandlungen mit seinem irakischen Amtskollegen, Fuad Hussein, stattfand.

„Natürlich ist es prinzipiell wichtig, dass die amerikanische Führung künftig solchen ausländischen Abenteuern, vor allem Abenteuern, die eine ernsthafte Gefahr für die gesamte entsprechende Region darstellen, fern bleibt“, fuhr Lawrow fort.

Wie die staatliche irakische Nachrichtenagentur IRNA unter Verweis auf den Sprecher des Außenministeriums des Landes, Ahmed al-Sahaf, mitteilte, wird der irakische Außenminister, Fuad Hussein, im Zuge seines ersten Besuchs in Moskau unter anderem den Ölsektor und die Kooperation im Handelsbereich zur Sprache bringen.

Zuvor hatte die russische Außenamtssprecherin, Maria Sacharowa, mitgeteilt, dass Hussein am 25. und 26. November zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau kommen werde. Dabei handelt es sich um seinen ersten Besuch als Außenminister in Russland. Für Mittwoch sind ihr zufolge bilaterale Verhandlungen mit dem Außenminister Russlands geplant. Die Seiten sollen die Situation um Syrien, die Nahost-Regelung, die Situation im Persischen Golf und im Jemen sowie den Kampf gegen den internationalen Terrorismus besprechen.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328440785\\_0:0:3038:1644\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_3f8a28c6a3deec41dbd49839613fed2d.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328440785_0:0:3038:1644_1000x0_80_0_1_3f8a28c6a3deec41dbd49839613fed2d.jpg)

### de.sputniknews.com: **Moskau antwortet auf polnische Vorwürfe bezüglich Massaker von Katyn**

Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow hat am Mittwoch Warschauer Vorwürfe gegen Moskau wegen der angeblichen Neubewertung des Massenmordes von Katyn im Jahr 1940 kommentiert. Damals waren mehr als 4000 polnische Offiziere erschossen worden. Peskow zufolge ignoriert Polen die Schlussfolgerungen hinsichtlich dieser Tragödie.

„Leider sieht die polnische Seite oft über die Ereignisse in unserer gemeinsamen Geschichte hinweg und neigt dazu, a priori feindlich zu sein und die Realität zu leugnen. In dieser Hinsicht kann man nur Bedauern ausdrücken“, sagte Peskow am Mittwoch gegenüber den Reportern.

Die polnische Seite hatte zuvor, nach Äußerungen des Abgeordneten der russischen Staatsduma Alexej Tschepa, vor Versuchen gewarnt, die Ereignisse von Katyn neu zu überdenken. Tschepa hat bei einer Konferenz der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft, die vom 16. bis 18. November stattfand, vorgeschlagen, das seit 2010 geltende Dokument, das die Sowjetunion für die Ereignisse im Wald bei Katyn 1940 verantwortlich macht, für nichtig zu erklären und somit die Rolle der Sowjetunion und des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) neu zu überdenken.

Peskow unterstrich in seinem Kommentar, er wisse von keinen Neubewertungen in diesem Fall, daher gebe es keinen Grund für eine Diskussion.

„Ich möchte Ihnen eine gemeinsame Veranstaltung in Erinnerung rufen. Das war die letzte gemeinsame Veranstaltung, die entweder ein oder zwei Jahre vor der schrecklichen Tragödie in Katyn stattfand (Flugzeugabsturz des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski bei Smolensk im April 2010 – Anm.d.Red). Alle Bewertungen waren dort zu hören. Dort versammelten sich Historiker und auch der russische Präsident war anwesend. Man sollte sich darauf und auf alle jene Bewertungen ausrichten“, fügte Peskow hinzu.

Zuvor am Mittwoch hatte die polnische Botschaft in Russland eine Erklärung veröffentlicht, in der sie Moskau beschuldigt, die Tatsachen über die Erschießung polnischer Armeesoldaten im Wald bei Katyn im Jahr 1940 verfälscht zu haben, um die Verantwortung auf Nazideutschland zu schieben.

Beim Massaker von Katyn hatten NKWD-Angehörige vom 3. April bis 11. Mai 1940 etwa 4.400 gefangene Polen, größtenteils Offiziere, in einem Wald bei Katyn, einem Dorf 20 Kilometer westlich von Smolensk, erschossen. Diese Tat gehörte zu einer Reihe von Massenmorden an 22.000 bis 25.000 Berufs- oder Reserveoffizieren, Polizisten und

Intellektuellen, die zu den Vorkriegseliten der unabhängigen Zweiten Polnischen Republik gezählt wurden.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328441847\\_0:508:2846:2047\\_1000x080\\_0\\_1\\_135d4b95837c6aa6d74455d8db15536c.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/19/328441847_0:508:2846:2047_1000x080_0_1_135d4b95837c6aa6d74455d8db15536c.jpg)

**abends:**

deutsch.rt.com: **Bolivien: Bevölkerung hindert Ex-Präsidentin Áñez daran, das Land zu verlassen**

Die ehemalige Präsidentin der Putschregierung, Jeanine Áñez, wurde an der Flucht nach Brasilien gehindert. Bürger der Stadt Trinidad stellten sie unter Arrest. Gegen Áñez laufen Ermittlungen wegen Massaker an der bolivianischen Bevölkerung.

Jeanine Áñez Versuch, Bolivien zu verlassen, ist gescheitert. Eine Gruppe von Bürgern der Stadt Trinidad im nördlichen Departamento Beni hinderte sie am 23. November daran, ein Flugzeug zu besteigen, um sich nach Brasilien abzusetzen.

Gegen die abgesetzte Interimspräsidentin laufen Ermittlungen wegen der Massaker von Senkata und Sacaba. Im November 2019 stand Áñez als selbst ernannte Präsidentin an der Spitze der Putschregierung. Unter ihrem Oberkommando wurden Proteste der indigenen Bevölkerung und Anhänger von Evo Morales gegen den Staatsstreich gewaltsam niedergeschlagen. 37 Menschen starben dabei, über 800 wurden verletzt.

Ein Repräsentant des Departamento Beni wird von teleSUR zitiert:

„Wir haben sie umstellt, als sie versuchte, nach Brasilien zu fliehen. Wir haben sie festgenommen und sie steht nun unter Arrest in einer Wohnung. Sie muss sich für die Morde in Senkata und Sacaba verantworten.“

In der letzten Woche haben sich bereits Arturo Murillo, Innenminister unter der Putschregierung, und Fernando López, Verteidigungsminister unter der Putschregierung, nach Brasilien abgesetzt. Sie umgehen damit den bolivianischen Strafvollzug. Gegen sie wird ebenfalls wegen der Massaker von Senkata und Sacaba ermittelt, außerdem wegen Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern.

Nach Angaben des bolivianischen Polizeikommandanten, Jhonny Aguilera, befinden sich Murillo und sein ehemaliger Vizeminister, Javier Issa, mittlerweile in den USA.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5f6e68c448fbef52ec73ceea.jpg>

de.sputniknews.com: **Israel bereitet sich auf US-Militärschlag gegen Iran vor – Medien**

Die israelische Regierung hat die Verteidigungsstreitkräfte des Landes aufgefordert, sich auf einen möglichen Militärschlag der USA gegen den Iran vorzubereiten. Dies berichtet das US-amerikanische Portal „Axios“ unter Berufung auf eigene Quellen in der israelischen Regierung.

Israel erwartet nach Angaben des Portals eine „sehr schwierige Zeit“ in der Region vor der Amtseinführung des US-Präsidenten Joe Biden, falls dessen Sieg offiziell bestätigt würde. Die Verteidigung ist für den 20. Januar geplant.

Israel habe derzeit keine genauen Informationen über den vermutlichen US-Schlag. Sollte dieser jedoch stattfinden, würden die israelischen Behörden befürchten, zu wenig Zeit für die Vorbereitung zu haben.

Zuvor hatte die Zeitung „The New York Times“ unter Berufung auf US-Beamte berichtet, dass Trump am 12. November mit seinen hochrangigen Beratern über die Möglichkeit gesprochen habe, in den kommenden Wochen gegen Atomanlagen des Iran vorzugehen. ...